Nov. 81

RÄUMUNG ANGESAGT!!

CHRISTSTR.42

-INHALT-

1. Wie alles anfing

2. Unser Konzept

3. Erster Brief der "Teuren Heimat"

4. Zweiter Brief mit Ultimatum zum 16.11.81

5. Unsere Antwort an die "Teuerste Heimat"

6. Pressestimmen

7. Tag der offenen Tür

9. Die Paten-ten

10. Schlußwort

Wie alles anfing.....

Aktive Wohnraumbeschaffungsmaßnahme, Interessierte treffen sich am 12. 2. 81 umm 20^{00} Uhr in....

So oder ähnlich lautete eine Kleinanzeige die Anfang Februar in der "taz" zu lesen war. Von dieser Anzeige angesprochen fühlte sich eine Gruppe von etwa 20 Leuten, die sich zum entsprechenden Termin in einer Charlottenburger Kneipe zum ersten Mal traf. Die meisten Interessenten kannten sich bisher noch nicht, manche erschienen alleine, andere paarweise mit Freund oder Freundin. Eingefunden hatte sich ein recht bunt gemischtes Völkchen von Handwerkern, Krankenschwestern, einem arbeitslosem Nachwuchsmusiker und Studenten, alle so zwischen Anfang und Ende 20 Jahre alt. Gemeinsam war allen der Wunsch endlich eine angemessene Wohnung zu finden. Einige Leute suchten bereits seit vielen Monaten und lebten bisher bei Freunden und Bekannten unter teilweise sehr beengten Bedingungen, andere wollten einfach aus der Isolation ihrer 1 -Zi-Wohnungen heraus, zusammen mit anderen Menschen leben und arbeiten.

Dem ersten Treffen folgten in den nächsten Tagen weitere, während deren wir den Klausener Platz Kietz systematisch erkundeten. Wir unterhielten uns mit Restmietern teilweise Leerstehender Häuser , die zu dieser Zeit im Kietz noch reichlich vorhanden waren, besetzt waren bisher nur die Nehringstr. 34 und die Neufertstr. 13. Wir schlichen uns nachts über dunkle Hinterhöfe, um aus der Anzahl unbeleuchteter Fenster auf leerstehende Wohnungen zuschließen und stolperten ausgerüstet mit Taschenlampen und Dietrichen durch die von Sanierungstrupps bereits demolierten Treppenhäuser.

Am geeignetsten erschien uns schließlich das Haus in der Christstr. und am Sonntag dem 22. 2. haben wir es dann gegen 11^{00}Uhr morgens besetzt. Im Vorderhaus wohnten noch zwei türkische Familien, sie wurden für die leicht gestörte Sonntagsruhe mit Blumen entschädigt. Die Aufnahme durch unsere neuen Nachbarn war im übrigen sehr freundlich, noch am gleichen Nachmittag lernten wir uns bei Tee und Keksen näher kennen. In den nächsten Tagen begannen wirmit den Instandsetzungsarbeiten, zum Wohnen und Schlafen zogen sich alle zusammen in 2-3 Räume zurück. In dieser räumlichen Enge war es für einige Leute sehr schwierig, sich neben der Instandbesetzung auch noch Job oder Studium zu widmen, weshalb sich viele Mitbewohner nach einigen streßreichen Wochen wieder zurückzogen.

Nun, inzwischen lebt es sich angenehmer in der Christstraße, Bäder und Innentoiletten sind eingebaut, die meisten Räume renoviert. Es bleibt abzuwarten, wie lange uns der selbstgeschaffene Lebensraum erhalten bleibt.

3

WARUM WIR DAS HAUS CHRISTSTR. 42 BESETZT HABEN

Für dieses Haus plant die Neue Heimat eine Modernisierung nach §17 des 2. Wohnungsbaugesetzes.
Das bedeutet im Einzelnen:

- Wände werden herausgerissen, dafür werden an anderer Stelle 5 cm starke Gipswände errichtet.
- Die gut funktionierenden, teilweise aus Jugendstilzeit stammenden Kachelöfen werden demoliert und statt dessen moderne, aber ungesunde und teure Zentralheizungen eingebaut.
- Der Seitenflügel mit zehn Stube/Küche -Wohnungen, mit insgesamt ca. 35o m^2 Wohnfläche wird abgerissen, stattdessen bekommen die Wohnungen im Vorderhaus einen 3,5 m^2 grossen Balkon mit Blick auf die Brandmauer des Nachbarhauses.
- Es werden Dunkelbäder mit teurer Entlüftungsanlage eingebaut, und damit grosse Wohnräume unnötig verkleinert.
  Wo die vorhandenen Installationen für die Einrichtung eines grosszügigen und hellen Badezimmers genutzt werden könnten, entsteht eine Abstelkammer und eine 9 1/2 m^2 große Kinderzelle.

Für diese sinnlosen baulichen Veränderungen wird die Neue Heimat im sozialen Wohnungsbau, nach ihren Eigenen Angaben, eine Kaltmiete zwischen 3,6o DM und 4,6o DM als Anfangsmiete verlangen.
Bislang hatten die Bewohner eine Kaltmiete von 2,2o/m^2 zu zahlen, nun wird die Miete auf mindestens 19,-DM/m^2 steigen, falls nicht noch mehr durch Kosten und Zinssteigerungen der Banken, Von Dieser Miete bezahlt der Senat mehr als 3/4. Nach 15 Jahren aber muss von den Mietern für die z.B. geplante 105 m^2 große 3 1/2 Zimmer-Wohnung,

wie sie die NH in der Christstr. 42 plant, der volle Mietpreis von 1995,- DM eiskalt bezahlen. Die Warmmiete wird, falls die Energiepreise nicht steigen 2257,5o DM betragen.
Das Ist die Vorstellung der NH (wie sie in ihrem Brief vom 9.1o. an die Besetzer schreibt) von familiehgerechten Wohnungen zu erschwinglichen Mieten.

UNSER KONZEPT SIEHT VOR:

Wir erhalten billigen Wohnraum, d.h. die vorhandene Wohnfläche einschliesslich des Seitenflügels bleibt erhalten.
Die Grundlage unseres Konzeptes ist, neue Lebensformen zu entwickeln, in dieser Richtung gestalten wir den von uns besetzten Wohnraum. Die jetzige Architektur und Planung geht bewusst an den Lebensbedürfnissen, wie Kreativität, positives Lebensgefühl und am Portemonnai der Bevölkerung vorbei. Unser Ziel ist es, diese Wohnungsbaupolitik zu verändern und die Mieter mit in die Planung einzubeziehen.

Wir setzen das Haus so instand, daß hier menschenwürdig gewohnt werden kann, das heisst wir bauen Bäder und zusätzlich zu den Aussentoiletten Innenklos ein.

Durch Einbeziehung des Seitenflügels entstehen vier gleichwertige wohngemeinschaf sgerechte Etagen für je sieben Bewohner. Gerade in Berlin besteht ein Riesen - bedarf an Wohnraum für Wohngemeinschaften.

Wir schaffen durch unser Konzept die Möglichkeit für soziale Zusammenhänge, in denen auch Menschen aus Randgruppen einen Platz haben.

Die Fassade

ist so gut erhalten, daß keine Substanzerhaltenden Massnahmen notwendig sind. Lediglich der Sockel erhält eine Farbgestaltung.
Die Fassade zu r Hofseite muss langfristig neu verputzt werden.

Dach und Regenrinne

Das Dach muss an einigen Stellen mit Teerpappe geflickt werden. Die Dachrinne zur Hofseite muss erneuert werden. Die Dachrinne und das Dach des Seitenflügels sind in Ordnung.

Öfen

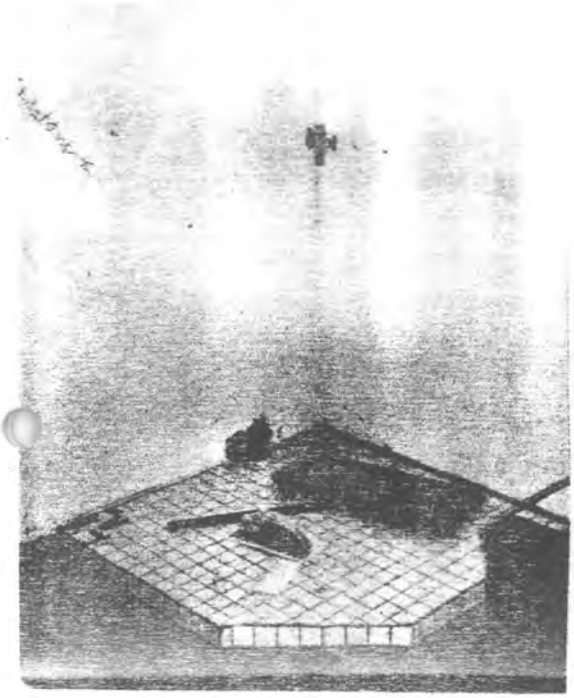
Die zum Teil demolierten Kachelöfen sind durch uns wieder instandgesetzt worden. In den Zimmern wo keine Öfen mehr existierten sind durch uns neue Allesbrenner angeschlossen worden.

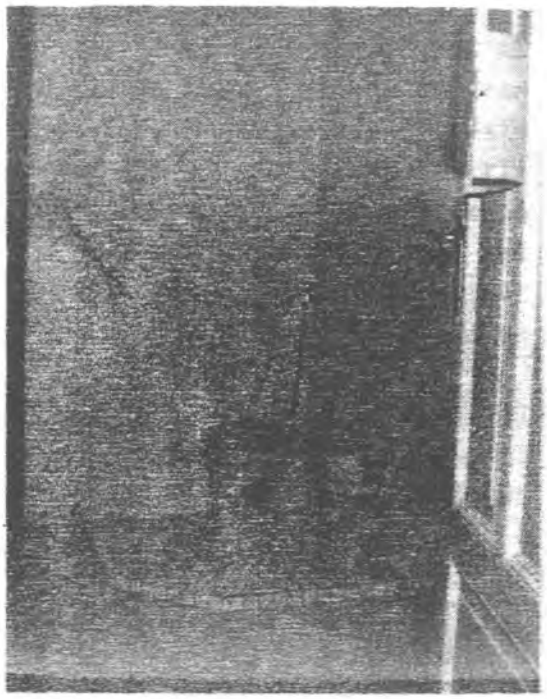
Die Arbeiten am Haus sind insgesamt weit vorangeschritten und werden vor Winterbeginn abgeschlossen sein.

KOSTEN:

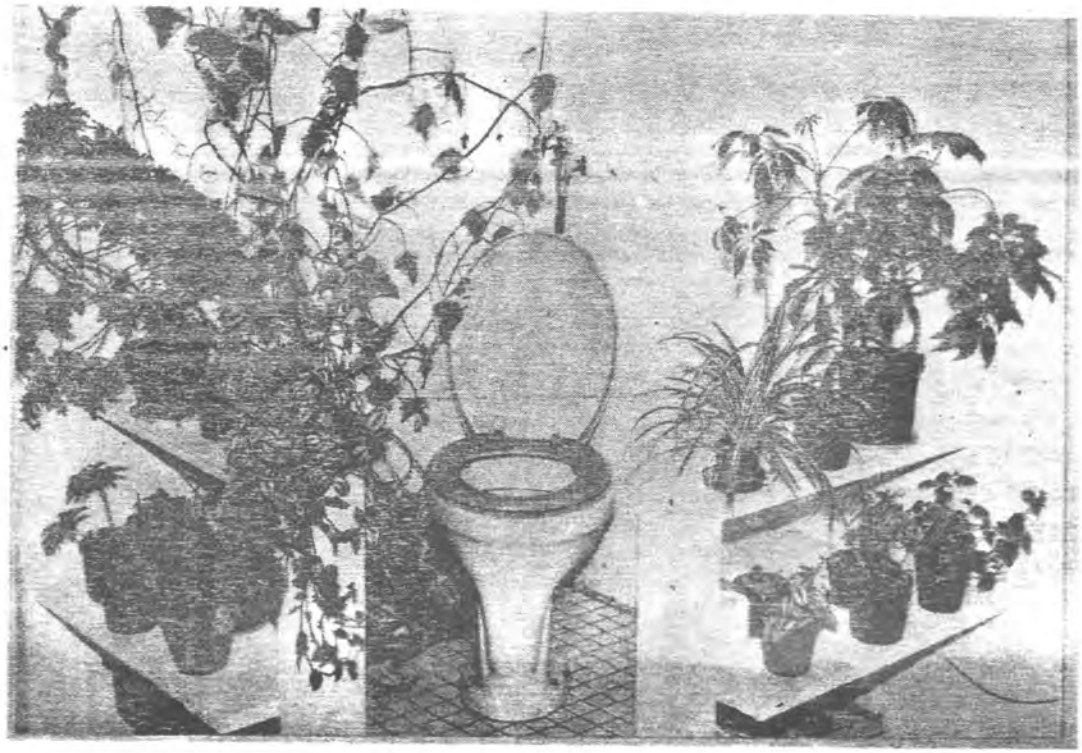
Nach Planung der NH wird die Modernisierung über 2 Millionen DM kosten.
Die Besetzer werden ihr Haus mit Materialkosten von ca. maximal 1oo ooo DM instandsetzen.
Dazu kommen etwa 1o ooo Arbeitsstunden.
Materialkosten in Höhe von nahe 1o ooo DM sind bereits entstanden, ein drittel der geschätzten Arbeitsstunden wurden bereits geleistet.
Die Materialkosten werden duch monatliche Zahlungen der Besetzer in Höhe von 1oo,-DM pro Person anstelle einer Mietzahlung aufgebracht.

Instalation und fertigstellung der Innentoiletten





Klo-kult-tur?



Im Erdgeschoß, wo die NH eine 4 1/2 Zimmer Wohnung mit 125 m^2 plant (die am Ende 2375,- DM mindestens und eiskalt) kosten wird, wünschen wir uns einen Lebensmittelladen an Stelle des jetzt vorhandenen Möbelschaufensters. Die Struktur im Klausener Platz Kiez is durch die Sanierung bereits so zerstört, daß jede Möglichkeit sich zu treffen und miteinander zu reden genutzt werden muss.

Die Instandsetzung des Hauses wurde und wird auch in Zukunft in Eigeninitiative und Selbsthilfe der Bewohner durchgeführt.

Bäder

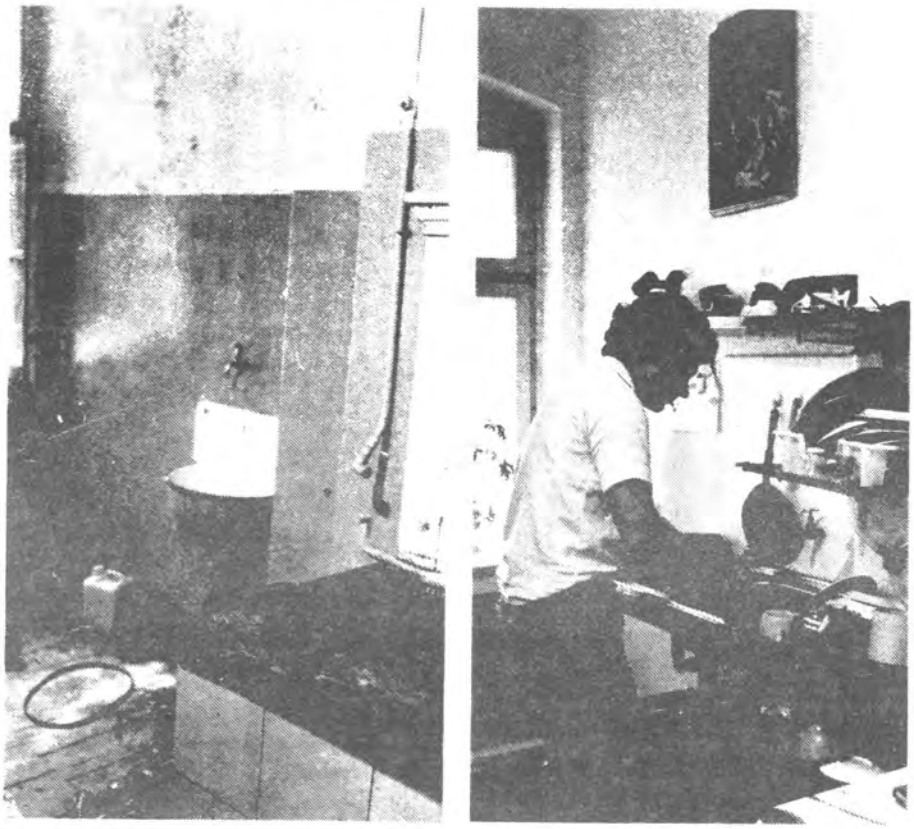
Pro Etage existiert, bzw. entsteht ein Bad mit Innentoilette. Der Standard (Kacheln etc.) wird von den Bewohnern der jeweiligen Etage festgelegt.
Im Seitenflügel wird zusätzlich noch eine Waschgelegenheit mit Innentoilette installiert.

Klosetts

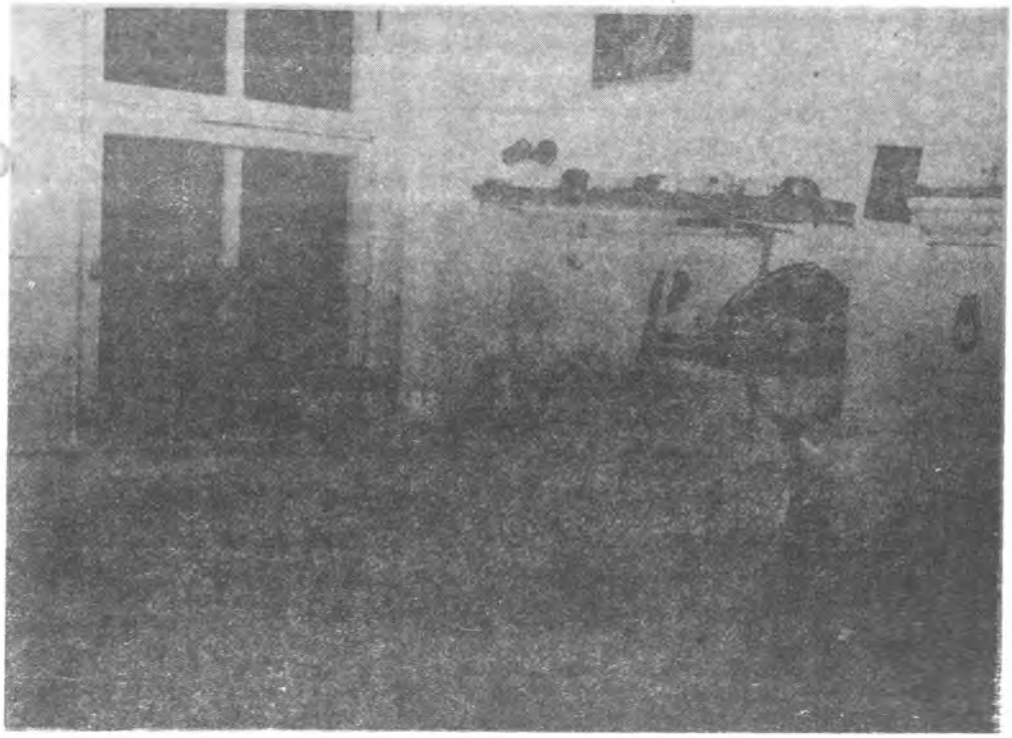
Zur Zeit wird ein neuer Sanitärstrang installiert, der so konzipiert ist, daß neben der neuen Innentoilette die Podesttoiletten erhalten bleiben, beide Toiletten sind an den gleichen Sanitärstrang angeschlossen.

Küchen

Pro Etage ist eine Gemeinschaftsküche und ein Gemeinschaftsraum eingerichtet worden.
Die alten Bleiwasserrohre werden wegen der Gefahr der langfristigen Wasservergiftung erstzt.

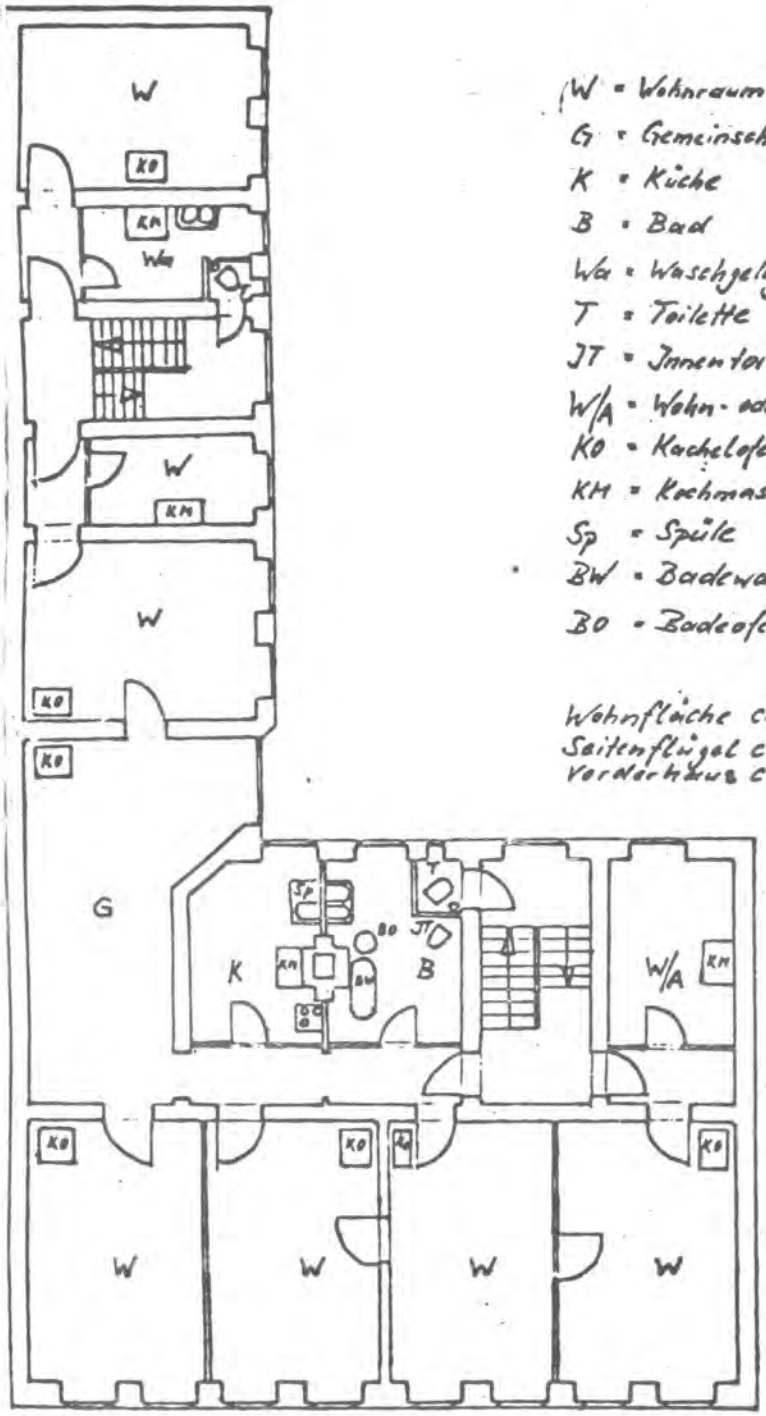


Instandbesetzer in der Christtstraße 42 führten gestern vor, was sie zur Erhaltung von preiswertem Wohnraum beitrugen: links eine Küche in dem von der „Neuen Heimat" heruntergewirtschafteten Zustand, rechts nach der Renovierung durch die Bewohner



9

WOHN- UND PLANUNGSKONZEPT DER INSTANDBESETZER
CHRISTSTRASSE 42, 1000 BERLIN 19



W = Wohnraum
G = Gemeinschaftsraum
K = Küche
B = Bad
Wa = Waschgelegenheit
T = Toilette
JT = Innentoilette
W/A = Wohn- oder Arbeitsraum je nach Etage
KO = Kachelofen
KM = Kochmaschine
Sp = Spüle
BW = Badewanne
BO = Badeofen

Wohnfläche ca. 236 m² pro Etage
Seitenflügel ca. 70 m²
Vorderhaus ca. 166 m²

Berlin

M. 1:100

NEUE HEIMAT

Neue Heimat Berlin · Postfach 3980 · 1000 Berlin 30

An die
Besetzer des Hauses Christstraße 42

1000 Berlin 19

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft m. b. H.
Schillstraße 9 - 10
Postfach 3980
1000 Berlin 30

Telefon: (030) o 26 98-1
Durchwahl: (030) o 26 98 _____
Telex: 1 85 732

Bearbeiter: _____

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben vom	Unser Zeichen	Datum
		92	09.10.81

Bitte in der Antwort wiederholen:

- Sanierungsgebiet Klausenerplatz, Berlin-Charlottenburg
Christstraße 42 - Verhandlungsangebot an die Besetzer -

Wir schildern Ihnen unseren Stand der Instandsetzungs- und Modernisierungsvorbereitungen für o.g. Haus wie folgt:

1. Die Baugenehmigung vom 19.03.80 liegt vor (siehe Anlage).
2. Die Bewilligung der WBK vom 15.06.81 liegt vor.
3. Die Planung ist nach wiederholten Änderungen abgeschlossen. (Wir legen eine Verkleinerung der Ausführungspläne des Erdgeschosses und des 1. OG bei.)
4. Die beiliegende Wohnungsauflistung zeigt 5 familiengerechte Wohnungen (4 1/2 und 3 1/2 Zimmer zwischen 104 und 124 qm) mit Kaltmieten zwischen 3,60 bis 3,90 DM/qm und 4 x 2 Zimmer mit Kaltmieten von 4,60 DM/qm bei einer Kostenmiete von 19,- DM/qm.
5. Ein Strafantrag ist nicht gestellt worden.
Da dieses Haus aufgrund seines niedrigen Ausstattungsstandards mit Außentoiletten in keinem anderen Programm aufgenommen werden konnte, sehen wir auch keine Alternativen besonders bei dem großen Bedarf an familiengerechten Wohnungen zu erschwinglichen Mieten für Familien in Berlin.

Wir bieten Ihnen deshalb einen anderen Aufgang mit leeren Wohnungen in einem unserer Häuser an, in dem Sie mit finanzieller Unterstützung durch die öffentliche Hand und durch Eigenleistungen Ihre alternative Wohnvorstellungen verwirklichen können.
In weiterer Abstimmung mit dem Bezirksamt Charlottenburg können Sie Mietverträge mit einer Laufzeit von ca. 5 Jahren oder länger erhalten.

Wir bitten Sie, bis Ende Oktober 1981 die Gespräche mit uns unter Mitwirkung des Bezirksamtes Charlottenburg (Sanierungsverwaltungsstelle) aufzunehmen.

NEUE HEIMAT BERLIN
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft m.b. H.

i. A. Schimmel i. A. Braun

Schimmel Braun

11

ZUSAMMENSTELLUNG SC[R] BL.II

CHRISTSTR. 42 WE-NR. D6036

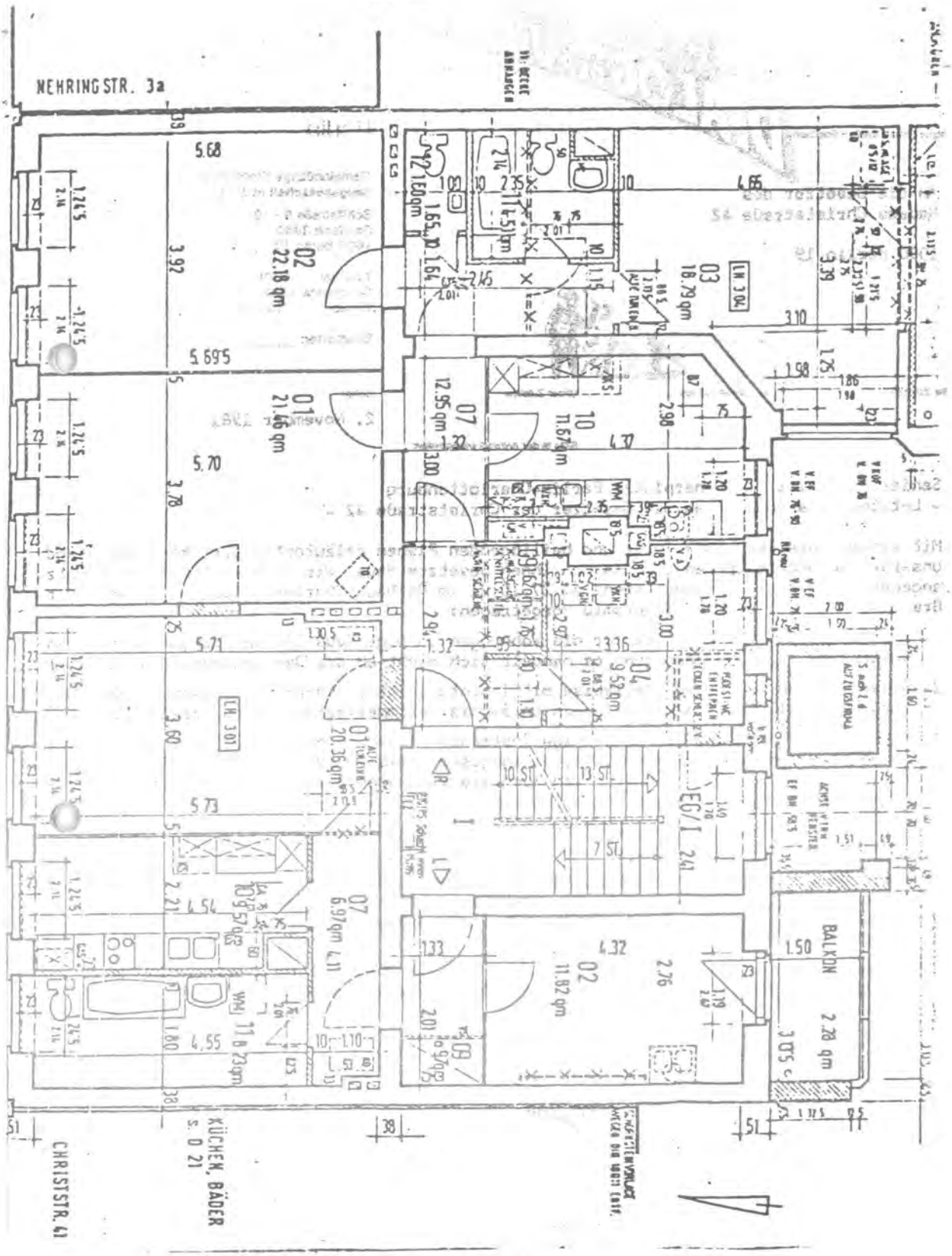
NETTOWOHNFLÄCHEN

			mit	ohne Balkon
IV	R	3½-Zl.	109.89 qm	106.15
IV	L	2 -Zl.	61.94 qm	59.75
III	R	3½-Zl.	109.09 qm	105.40
III	L	2 -Zl.	62.42 qm	60.23
II	R	3½-Zl.	110.01 qm	106.41
II	L	2 -Zl.	62.55 qm	60.36
I	R	3½-Zl.	107.90 qm	104.30
I	L	2 -Zl.	60.11 qm	57.92
EG.	R	4½-Zl.	124.55 qm	124.55
EG	L	/ -Zl.	/ qm	
Sa.		9 WE	808.41 qm	785,07

WOHNUNGSSCHLÜSSEL	
1 WE	4.1/2-Zl
4 WE	3½-Zl
4 WE	2 -Zl
WE	Zl

NETTONUTZFLÄCHEN

EG	R	/ qm
EG	L	/ qm
Sa		/ qm


NEHRINGSTR. 3a
CHRISTSTR. 41
KÜCHEN, BÄDER
S. D 21
BALKON
2.28 qm
02
11.82 qm
07
6.97 qm
01
20.36 qm
04
9.52 qm
10
11.67 qm
07
12.95 qm
03
18.79 qm
02
22.18 qm
01
21.46 qm
LH 301
LH 304
EG/I

NEUE HEIMAT

Neue Heimat Berlin · Postfach

An die Besetzer des
Hauses Christstraße 42

1000 Berlin 19

Berlin

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft m. b. H.
Schillstraße 9 - 10
Postfach 3980
1000 Berlin 30

Telefon: (030) 26 96-1
Durchwahl: (030) 26 96
Telex: 185732

Bearbeiter:

Ihr Zeichen | Ihr Schreiben vom | Unser Zeichen | Datum

2. November 1981

Bitte in der Antwort wiederholen

Sanierungsgebiet Klausenerplatz, Berlin-Charlottenburg
- Letztmaliges Angebot an die Besetzer der Christstraße 42 -

Mit einem Schreiben vom 9.10.81 und beiliegenden Plänen erläuterten wir Ihnen den Stand unserer Bauvorbereitungen für das von Ihnen besetzte Haus. Wir machten Ihnen ein Ersatzangebot. Bei Ihrer Pressekonferenz am 27.10.81 im Rathaus Charlottenburg hat unser Herr Braun noch einmal unseren Kompromiß vorgetragen:

1. Wir bieten Ihnen als Ersatz für die Wohnungen in o.g. Haus im Sanierungsgebiet einen Aufgang mit leeren Wohnungen (es handelt sich nicht um die Danckelmannstraße 43-45)!
2. Diese kleinen Wohnungen (teilweise mit Innentoiletten) können Sie zusammenlegen, um Ihre alternativen Wohnvorstellungen in 5- bis 6-Zimmer-Wohnungen zu verwirklichen.
3. Es werden pro Wohnung für notwendige Instandsetzungsmaßnahmen (nicht für Schönheits- und Kleinreparaturen!) max. 5.000,-- (insgesamt etwa DM 50.000,--) aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt. Damit wären auch die von Ihnen geleisteten Arbeiten in der Christstraße 42 entschädigt.
4. Sie erhalten Mietverträge oder Nutzungsvereinbarungen mit einer Laufzeit von mindestens 5 Jahren, müssen aber an uns Miete zahlen.
5. Damit diese Wohnungen nicht von anderen Gruppen in der Zwischenzeit besetzt werden, wollen wir die Verhandlungen bis zu greifbaren Ergebnissen mit einem Notar Ihres Vertrauens führen. Nur diesem werden wir die Wohnungen vorstellen. Seine Honorarkosten werden von uns getragen.

Bitte antworten Sie uns schriftlich bis zum 16.11.81. Wenn bis zu diesem Zeitpunkt - nach 5 Wochen Bedenkzeit - von Ihnen kein Verhandlungsvorschlag vorliegen sollte, ziehen wir unser Angebot endgültig zurück.

Mit freundlichen Grüßen

NEUE HEIMAT BERLIN
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH

Sitz der Gesellschaft: Berlin
Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: 83 HRB 665

Aufsichtsratsvorsitzender: Albert Vietor
Geschäftsführung: Helmut Lehmann, Vorsitzender

BANKEN

Bar für Mieter

Postscheck Hamburg
(BLZ 200 100 20) Konto-Nr. 771-204

Für sonstige Zahlungen:

Bank für Gemeinwirtschaft AG Berlin
(BLZ 100 101 11) Konto-Nr. 1000444001

Bank für Handel und Industrie
(BLZ 100 800 00)

14

Neue Heimat
Schillstr. 9 - 10
1000 Berlin 30

Berlin, den 16.11.1981
Christstr. 42

Betr. : Antwortschreiben
Bezug : Ihr Schreiben vom 2.11.1981

Sehr geehrte Damen und Herren !
Wie wir Herrn Braun bereits am 6.11.81 mündlich erklärten, sind wir nicht bereit auf das Ersatzangebot einzugehen. Dies aus meheren Gründen :
Die "Neue Heimat" will in dem Haus Christstr. 42 eine Luxusmodernisierung durchführen. Dies führt letztlich zu Mietpreisen, die nur noch von sehr wenigen Leuten bezahlt werden können. Das jedoch kann nicht Ziel des sozialen Wohnungsbau sein. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß in Berlin endlich eine Wohnungspolitik ihren Anfang findet, die sich auch an den finanziellen Möglichkeiten und Wünschen von weniger finanzkräftigen Mietern orientiert.

Zu dem von Ihnen gemachten Angebot muß noch folgendes gesagt werden :
Es ist uns, und auch vielen anderen nicht einsichtig, warum die "Neue Heimat" in der Christstr. 42 eine Luxusmodernisierung durchführen will, obgleich die von den Bewohnern durchgeführte Minimalmodernisierung fast abgeschlossen ist. Die von der "Neuen Heimat" geplante Luxusmodernisierung ist ein Hohn auf jegliche soziale Wohnungspolitik !

Wir fordern Sie nochmals dazu auf, endlich Gesprächsbereitschaft zu zeigen und mit uns, den Bewohnern der Christstr. 42, über eine Nutzung des Hauses zu sprechen. Die Basis dazu kann das beigefügte Konzept der Bewohner sein. Damit das uns angebotene Ersatzobjekt nicht länger zweckemfremdet leersteht, empfehlen wir Ihnen, anderen Wohnungssuchenden dieses Haus zur Verfügung zu stellen.

Die Bewohner der Christstr. 42

Gez.

Anlage :

Wohn-und Planungskonzept der Instandbesetzer der Christstr. 42

Verteiler:

Neue Heimat Berlin

DGB, Landesbezirk Berlin z.H. Walter Sickert
HBV, Landesvorstand Berlin, z.H. Manfred Alles
GEW Berlin, z.H. Boris Fahlbusch
ÖTV Berlin, z.H. Heinz Hackbarth

Die Wahrheit 4.10.81

Charlottenburg: Stadtrat stößt in Lummers Horn

Christstraße 42 und Danckelmannstraße 13 droht Räumung

(DW). „Es ist klar, wenn von der ‚Neuen Heimat' die Mittel frei sind, werden auch die anderen Häuser fertig gemacht", erklärte der Charlottenburger Baustadtrat Antes (CDU) auf der Sitzung der BVV-Ausschüsse Bau/Stadtplanung und Sanierung am Mittwoch dieser Woche. Er stieß damit in das gleiche Horn, in das Lummer und Rastemborski seit Tagen blasen. Es soll weiter geräumt werden: Nicht öffentliche Unterstützung für Instandbesetzer, sondern Steuergelder in Millionenhöhe für Hauseigentümer, die Tausende Wohnungen trotz ständiger steigender Mieteinnahmen verkommen ließen.

Gegen diese Politik sprach sich mehrheitlich der BVV-Sanierungsausschuß aus. Auf Antrag der AL verabschiedete der Ausschuß eine Beschlußempfehlung für die nächste Bezirksverordnetensitzung, in der es heißt: „Die Planung baulicher Maßnahmen für die besetzten Häuser im Sanierungsgebiet Klausenerplatz wird auf der Grundlage der von den Instandbesetzern entwickelten Vorstellungen fortgeführt."

Auf der Sitzung wurde auch bekannt, daß die nächsten Häuser, die in Charlottenburg von der Räumung bedroht sind, die Häuser Christstraße 42 und Danckelmannstraße 13 sind. Gegenüber der „Wahrheit" erklärten Instandbesetzer aus der Christstraße 42, daß sie angesichts der aktuellen Räumungsdrohung die Instandsetzung des Hauses beschleunigt fortsetzen. Die Instandsetzung der ersten Etage steht vor dem Abschluß. „Bisher konnten wir die anfallenden Arbeiten selbst finanzieren, doch jetzt sind leider unsere Kassen leer. Wir wollen aber weitermachen! Deshalb haben wir ein Spendenkonto eingerichtet und bitten, uns mit einer Spende auf das Konto-Nr. 1056 738 bei der Deutschen Bank Berlin Zweigstelle 51 zu unterstützen."

D. H.

Die Wahrheit 14.10.81

Instandbesetzern nur Scheinangebot gemacht

Gestern abend Pressekonferenz in der räumungsbedrohten Christstraße 42

(DW—aug). Die Instandbesetzer des räumungsbedrohten Hauses Christstraße 42 stuften gestern abend die Aufforderung der Hauseigentümerin „Neue Heimat", freiwillig in andere leerstehende Wohnungen umzuziehen, als Scheinangebot ein. Das werde, so hieß es seitens der Betroffenen auf einer stark besuchten Pressekonferenz in der Christstraße, schon allein daran deutlich, daß die Manager der Wohnungsbaugesellschaft nicht zu einer öffentlichen Diskussion mit den Instandbesetzern über Alternativen zur unsozialen Senatspolitik bereit seien. Man habe „Neue-Heimat"-Vertreter ausdrücklich zur gestrigen Zusammenkunft eingeladen, um ihnen ein Konzept zu unterbreiten, das eine Profitmodernisierung nach Paragraph 17 des Wohnungsbaugesetzes ausschließt. Bezeichnenderweise sei von den Verantwortlichen, die eben diesen superteure Mieten einschließenden Paragraphen auch in der Christstraße durchziehen wollen, niemand erschienen.

Der Charlottenburger SPD-Bezirksverordnete Körting äußerte auf Anfrage der „Wahrheit", daß er kein Verständnis für dieses Verhalten der „Neuen Heimat" habe. Weitere SPD-Mitglieder der BVV, die wie auch Angehörige der AL-Fraktion auf der Pressekonferenz anwesend waren, erklärten sich bereit, die Hauseigentümerin ihrerseits zu einer nochmals anzusetzenden öffentlichen Erörterung mit den Instandbesetzern aufzufordern. Unserer Frage, ob sie wie Gewerkschaftsgruppen, Personalräte und der SEW-Kreisvorstand Charlottenburg eine Patenschaft für die Christstraße 42 übernehmen würden, wichen die meisten anwesenden SPD-Politiker allerdings aus. Lediglich ein Mitglied der SPD-Fraktion war dazu bereit.

Es war abzusehen: Angesichts dieser Zurückhaltung, konkret am Beispiel eines räumungsbedrohten Hauses einmal den gordischen Knoten zu durchschlagen, stieß manches unverbindliche Bekenntnis zur Hilfsbereitschaft bei den Betroffenen auf Skepsis. Dabei hatten die rund 20 Bewohner der Christstraße anhand von Zahlen und Unterlagen nachgewiesen, daß die über zwei Millionen DM verschlingende Profitsanierung mit Kostenmieten von 19 DM pro Quadratmeter und Kaltmieten von 4,60 DM nicht sein muß.

Ihr Konzept mit etwa 50 000 DM Materialkosten und insgesamt 9000 erforderlichen Arbeitsstunden, so betonten sie ausdrücklich, sei demgegenüber nicht nur für sie persönlich, sondern für alle Mieter von Bedeutung. Es ermögliche preiswerte und stark gefragte Wohnmöglichkeit für Wohngemeinschaften.

Ein Rundgang gestern abend ergab: eine Etage richteten die Instandbesetzer bereits komplett her, eine zweite ist schon halb fertig, mit 3000 bereits geleisteten Arbeitsstunden insgesamt. Dem wollen CDU im Bezirk und Senat sowie die „Neue Heimat", mit Räumung ein Ende setzen. Widerstand ist nötig.

17

Volksblatt 28.10.81

Kein Kompromiß zwischen den Besetzern und Neuer Heimat

Charlottenburgs Baustadtrat: In der Christstraße 42 wird zuerst geräumt

„Das besetzte Haus Christstraße 42 ist eines der ersten, das für eine Räumung in Frage kommt. Wenn die Besetzer nicht binnen kurzem das Angebot der Neuen Heimat, in Ersatzwohnraum umzuziehen, annehmen, wird ein Strafantrag gestellt und sehr bald geräumt werden", teilte gestern der Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Antes auf Anfrage mit. Der Einladung zu einem Gespräch, das die Alternative Liste mit den Instandbesetzern des bedrohten Hauses im Rathaus veranstaltete, war er nicht gefolgt. Eine Pressekonferenz sei kein Gesprächstermin. Dagegen erschien der Sanierungsbeauftragte der Neuen Heimat, Thomas Braun, und zog als Fazit des Gesprächs: Es gebe keine Annäherungsmöglichkeiten zwischen den Modernisierungsplänen des gewerkschaftseigenen Sanierungsträgers und den Konzepten der Besetzer.

Neben dem besetzten Haus in der Danckelmannstraße 13 (Antes: „Das kommt als nächstes für eine Räumung in Betracht.") will die Neue Heimat in der Christstraße 42 ihre letzte Luxusmodernisierung in Charlottenburg in Angriff nehmen. Der Finanzierungsantrag ging im Dezember 1979 bereits bei der Wohnungsbau-Kreditanstalt ein, im Juni dieses Jahres wurde er bewilligt. Seit dem Frühjahr 1980 liegt auch die Genehmigung des Bezirksamtes vor, um den Seitenflügel des Hauses abzureißen und im Vorderhaus fünf familiengerechte Wohnungen sowie vier Zwei-Zimmer-Wohnungen einzurichten. Die Planung der Neuen Heimat ist abgeschlossen, Bauaufträge sind vergeben. Nur der Strafantrag gegen die Besetzer fehlt noch, um die Räumungsbedingungen zu erfüllen. Die „mehreren hunderttausend Mark" Vorlaufkosten veranlaßten die Neue Heimat, die Modernisierung nach § 17 auszuführen, so Thomas Braun.

Die Modernisierung der Christstraße 42 würde die Neue Heimat 2,1 Millionen Mark kosten. Zu Anfang wolle sie eine Kaltmiete zwischen 3,60 Mark und 4,60 Mark verlangen statt der bisherigen 2,20 Mark. Dreiviertel der Quadratmetermiete von 19 Mark würde vom Senat im sozialen Wohnungsbau subventioniert. Die Besetzer, die seit dem 22. Februar in dem Haus leben, veranschlagen für ihre Instandsetzungsarbeiten höchstens 100 000 Mark für Materialkosten und etwa 10 000 Arbeitsstunden. 10 000 Mark wurden bisher schon aufgebracht, die Besetzer zahlen jeden Monat 100 Mark in einen gemeinsamen Topf statt einer Miete.

Die Besetzer sind sich einig: „Wir bleiben in dem Haus!" und weisen den nicht näher bezeichneten Ersatzwohnraum der Neuen Heimat zurück.

Entgegen der Räumungsankündigung von Baustadtrat Antes sagte der Sanierungsbeauftragte Braun gestern: „Wir werden nicht dabeisein, wenn demnächst die Räumungswelle losgeht." Allerdings werde mit der Ablehnung des Kompromisses der Neuen Heimat ein politischer Prozeß in Gang kommen. Er hoffe, „daß die Zeit zu Kompromissen führen wird". Auch Antes äußerte gestern, „daß der Winter einiges von selbst erledigt". So wie die Besetzer nicht aus ihrer Solidarität ausscheren wollten, so wolle auch die Neue Heimat nicht aus ihrem Rahmen, der unter anderem von Senat und Bauindustrie gestellt sei, ausklinken, hob der Neue-Heimat-Vertreter hervor. Für eine Gesamtlösung der Hausbesetzungen gebe es die Politiker. Thomas Braun kündigte an, nach dem gescheiterten Kompromiß gestern, sein „Mandat" niederzulegen und an die Geschäftsleitung weiterzureichen.

Der Berliner FDP-Vorsitzende Jürgen Kunze hat Innensenator Heinrich Lummer wegen dessen Ankündigung einer Räumung weiterer Häuser kritisiert. Dies lasse erkennen, sagte Kunze am Montagabend auf einer Sitzung des Landesvorstandes seiner Partei, daß es Lummer und seiner Verwaltung an zuverlässigen Erkenntnissen über die Gesprächsbereitschaft von Hausbesetzergruppen fehle. ANGELIKA STEPKEN

Wahrheit 28.10.81.

Paten und Instandbesetzer der Christstraße 42 stellen Konzept vor

(DW—Korr.). Zusammen mit der Fraktion der Alternativen Liste (AL) Charlottenburg hatten die Instandbesetzer aus der Christstraße 42 am Dienstag zu einer Pressekonferenz in den Pommernsaal der Rathauses Charlottenburg eingeladen. Der ebenfalls eingeladene Baustadtrat Antes (CDU) erschien nicht, wohl aber der Sanierungsbeauftragte der „Neuen Heimat" Braun. Die Instandbesetzer aus der Christstraße, die ihr umfangreiches Konzept vorlegten, verwiesen darauf, daß sie bereits in alle Wohnungen Innentoiletten gelegt haben und jetzt die Einrichtung von Bädern vorsehen. Der auf die lange Bank geschobene Vorschlag der „Neuen Heimat", im Rahmen des § 17 des 2. Wohnungsbaugesetzes hier zu modernisieren, sei deshalb völlig außer Diskussion. Die vorgenommenen Instandsetzungen sind wesentlicher Teil des § 17.

Braun, der sich bisher trotz mehrfacher Einladung der Instandbesetzer nicht informierte, zeigte sich am Dienstag völlig überrascht und versuchte — wie schon so häufig —, „Sachzwänge" vorzutäuschen. Erneut dachte er trotz der umfangreichen Investitionen der Besetzer sein Scheinangebot schmackhaft und wollte obendrein noch nicht einmal aus Angst vor weiteren Instandbesetzungen das [illegible] „Umzugsangebot" nennen.

Mit dem weiter laufenden befristeten Angebot der „Neuen Heimat" kündigte er indirekt den noch nicht gestellten Strafantrag und die Räumung an. Ohne auf den tausendfachen Leerstand von Wohnungen nicht zuletzt durch die gewerkschaftseigene Wohnungsbaugesellschaft einzugehen, appellierte Braun an die „Kompromißbereitschaft" der Instandbesetzer. Anwesende Paten nannten dagegen die Verursacher des Wohnungsleerstandes: Senat und „Neue Heimat".

Die Instandbesetzer laden alle Interessierten für den 1. November von 13 bis 18 Uhr zu einem Tag der offenen Tür ein, an dem sich jeder über die Arbeit in der Christstraße 42 informieren kann. So wollen sie beispielsweise im Erdgeschoß — wo nach „Neue-Heimat"-Vorstellungen eine Vierzimmerwohnung mit einem Mietpreis von 2375 DM (!) monatlich hin soll — einen Lebensmittelladen einrichten. Vorgesehen sind in nächster Zeit Dachreparaturen und die Ersetzung von Wasserrohren. Insgesamt belaufen sich die Kosten der Instandbesetzer auf maximal 100 000 DM mit zehntausend Arbeitsstunden, die der „Neuen Heimat" auf über zwei Millionen DM. Jeder der Instandbesetzer zahlt monatlich 100 DM Materialkosten anstelle der Miete. „Neue-Heimat"-Sanierungsvorstellungen sehen dagegen so aus: Herausreißen der Wände, Demolieren der aus der Jugendzeit stammenden Kachelöfen, Abriß des gut erhaltenen Seitenflügels und die Einrichtung von Kinder„zimmern" in einer Größe von 9,5 Quadratmetern! Nach spätestens fünfzehn Jahren steigt die Miete auf 20 DM pro Quadratmeter

Tageszeitung 6.11.81

Christstraße 42: Besetzer sollen bis 16.11. gehen

Neue Heimat stellt Ultimatum

Ein "letztmaliges Angebot" machte die Neue Heimat am 3.11. den Besetzern der Christstraße 42 am Klausenerplatz. Wie bereits vo 3 Wochen angekündigt, will sie noch in diesem Jahr damit beginnen, das Haus für über 2 Millionen Mark modernisieren und teilweise abreißen zu lassen. Als Ersatz bietet sie den Besetzern einen nicht genannten Hausaufgang mit leeren Wohnungen an. Die Besetzer haben ihrerseits auf diversen Pressekonferenzen ein Alternativ-Konzept für die Instandsetzung und Modernisierung des Hauses vorgelegt und deutlich gemacht, daß es ihnen auf eine Veränderung des Modernisierungsplans ankommt.

Doch darauf will sich die Neue Heimat partout nicht einlassen. Die sei eine der letzten Luxusmodernisierungen erklärte ihr Sanierungsbeauftragter Braun vor einer Woche. Planungskosten und abgeschlossene Verträge machten "allergrößte Schwierigkeiten".

Jetzt wurden die Geschäftsführer Lehmann und Cramer präziser: Ihr Angebot gelte nur noch bis zum 16.11. Verhandlungen über das angebotenen Ersatzobjekt wolle man, um sich vor einer zwischenzeitlichen Besetzung zu schützen, "mit einem Notar ihres Vertrauens" führen. Instandsetzungsmittel von insgesamt 50.000 Mark stünden zur Verfügung. Bei dem Objekt handele es sich um kein besetztes Haus. Über ihr eigenes Vorhaben verloren sie kein Wort mehr.

Nach dem 16.11. werde man die weiteren Schritte mit dem Senat beraten. "Daß der Strafantrag dann irgendwann kommt, ist klar." Bisher, betonte die Neue Heimat gestern, sei kein Strafantrag gestellt.

Als einzige Alternative kann sich der Sanierungsbeauftragte Braun nur noch einen "umfassenden Kompromiß auf höherer Ebene" vorstellen. Wie der aussehen sollte, wußte er auch nicht zu sagen. Die Termine mit den Baufirmen beginnen jedenfalls noch in diesem Jahr.

Die Besetzer - "Wir kriegen öfters Post" - wollen über dieses Ultimatum erst noch diskutieren. Der Sanierungsbeauftragte Braun soll am Freitag sich noch einmal das Haus von innen ansehen. Das klingt schon fast makaber, denn für ihn ist nur noch die Frage: Auf welche Weise die Besetzer das Haus verlassen. Drei "Penner", erzählt er stolz, die vor einiger Zeit in das Hinterhaus einzogen, hätten ihn ja auch schon um eine Ersatzwohnung gebeten. Er verstehe nicht, warum immer von Räumungen die Rede sei. Für Politik ist die Neue Heimat bekanntlich „nicht zuständig".

ben

Tagesspiegel 6.11.81

„Neue Heimat" stellt Ultimatum

Besetzer sollen Haus Christstraße 42 verlassen — Geld und Ersatz angeboten

Mit einem „letztmaligen Angebot" hat sich die „Neue Heimat" jetzt in einem Brief an die Besetzer des Hauses Christstraße 42 in Charlottenburg gewandt. Darin wird den Besetzern als Ersatz für die besetzten Wohnungen ein Aufgang mit leeren, kleinen Wohnungen angeboten, die nach Bedarf zusammengelegt werden könnten. Eine Adresse wird in dem Angebot nicht angegeben; jedoch wird darauf hingewiesen, daß es sich n i c h t um das Haus Dunckelmannstraße 43—45 handele. Als Entschädigung für von den Besetzern in der Christstraße geleistete Arbeiten und zur Instandsetzung der Ersatzwohnungen werden nach Angaben der „Neuen Heimat" 5000 DM pro Wohnung, insgesamt etwa 50 000 DM, bereitgestellt. Schließlich bietet die „Neue Heimat" gegen Zahlung von Miete Mietverträge beziehungsweise Nutzungsvereinbarungen mit einer Laufzeit von mindestens fünf Jahren an. Sollte bis zum 16. November kein Verhandlungsangebot der Besetzer vorliegen, werde die „Neue Heimat" ihr Angebot endgültig zurückziehen, erklärt die Wohnungsbaugesellschaft in dem Brief an die Besetzer.

Die Besetzer erklärten dazu auf Anfrage, sie wollten kein Ersatzangebot annehmen. Vielmehr wollten sie mit der „Neuen Heimat" über Verträge verhandeln, in denen ihr weiteres Verbleiben in der Christstraße geregelt wird. Auf die Frage, ob das das letzte Wort der Besetzer sei, wurde geantwortet, das sei der „Stand der Diskussion". (Tsp)

19

Tag der offenen Tür

Am 1.11.81 veranstalteten wir einen Tag der offenen Tür. Dazu luden wir die Bevölkerung und Teure Heimat ein. Die Teure Heimat sagte wie gewöhnlich ab. Um 13 Uhr öffneten sich Tor und Tür für Interessierte, die sich bei uns informieren wollten. Presse, Rundfunk und Fernsehen zogen durch's Haus und befragten Besetzer, Paten und Gäste nach ihrer Meinung über Hausbesetzungen in Berlin. Wir versuchten, die Besucher über die Gründe, aus denen wir das Haus besetzten, zu informieren. Wir berichteten, was wir mit dem Haus vorhaben und was wir bereits an Instandsetzungsarbeit geleistet haben. Zufrieden verließen sie um 18 Uhr unser Haus, Christstr. 42. Wir wissen, daß wir durch unsere Aktivitäten keine Räumung verhindern können. Wir wissen aber, daß wir die nächsten Räumungen, von Lummarsch inszeniert, dadurch erschweren können.

ES GEHT VORAN!!!! !!!!

Bei Diskussionen auf unseren Hausversammlungen tauchten öfter Fragen auf wie: " Inwieweit haben wir für die Paten soziale Alibifunktion" oder " Wie stark werden die Paten Einfluß auf unsere politischen Aktivitäten nehmen?" Da uns aber klar war und ist, daß Hausbesetzungen nur ein Teil des Widerstandes sind entschieden wir uns trotz der Vorbehalte für Patenschaften. Wer nicht von der Wohnungspolitik betroffen ist, ist es vielleicht von den Sparbeschlüssen, dem neuen Ausländergesetz, der Rodung im Tegeler Forst usw. Wenn fortschrittliche Gruppen oder Einzelpersonen Patenschaften für uns übernehmen, können wir von ihnen über ihre politische Arbeit erfahren, sie über unsere. Auch wenn

unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden und verschiedene Wege beschritten, sind wir uns doch einig darüber, daß uns wehren gegen eine Senatspolitik, die nur Profitinteressen dient. Die Unterstützung, die wir durch die Paten erhielten war außerdem auch sehr praktischer Art: durch Geldspenden und "Arbeitseinsätze" halfen sie uns, das Haus instandzusetzen. Zur SPD- Patenschaft wäre allerdings noch etwas zu sagen. Einigen von uns ist es genauso schwergefallen wie den SPDlern diese Patenschaft zu akzeptieren. Es ist für viele sehr problematisch, die politischen Vorstellungen der SPD mit ihren eigenen in Verbindung zu bringen - teilweise ist es auch unmöglich. Wir wissen schließlich, daß die SPD - Politik mitverantwortlich ist für Wohnungsbaumisere, Räumungen und Kriminalisierung. Die Patenschaft der Abteilung 7 und 8 sehen wir aber auch als einen ersten Schritt der SPD - Basis Meinungen zu überdenken, konstruktiv etwas zu verändern und vor allem als Basis Druck zu machen auf die politischen Gurus ganz oben. Wir hoffen, es setzt sich von unten nach oben was in Bewegung. Aber wir glauben auch, daß eine Patenschaft noch kein Freibrief für die Paten ist.

Die Paten
Christstr. 42
1000 Berlin 19

Berlin, im November 1981

das Haus Christstr. 42 soll geräumt werden !
Die Neue Heimat hat ein Ultimatum zu Verhandlungen als abgelaufen erklärt. Auf unser Gesprächsangebot haben wir von der NH keine Antwort erhalten.
Sollte die Antwort die Räumung sein ???

Durch den Wirbel um die Instandbesetzten Häuser wird die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den legal geräumten Häusern, deren Mieter in aller Stille- ohne Polizei, ohne Öffentlichkeit- entfernt wurden und werden, abgelenkt. Doch Sanierung betrifft uns alle. Wir alle haben die Gewalt der NH in unserem Kiez gespürt! Denken Sie auch ab und zu an Ihre alten Nachbarn? Gibt es Ihren "Tante Emma Laden" noch? Ist Ihre Miete nicht stark gestiegen? Wir alle leiden unter der gleichen Wohnungspolitik, wir alle sind in der gleichen Situation. Die NH will dieses Haus mit ca. 2,8 Millionen DM modernisieren, ganz ähnlich wie in Ihrem Haus. D i e s e s G e l d w i r d d u r c h d e n S t e u e r z a h l e r a u f g e b r a c h t! In den nächsten 15 Jahren werden nochmals 2 Millionen notwendig sein, um die hohe Miete zu subventionieren. Was nach diesen 15 Jahren mit der Miete und den Mietern in unserem Kiez geschieht, weiß niemand.
Wir wehren uns gegen die Wohnungspoltik des Senats und der NH. Deshalb wurde dieses Haus im Februar 1981 besetzt. Wir verwirklichen hier ein Konzept, das Sie sich ruhig einmal ansehen sollten. Unsere Modernisierung wird nur ca. 100 000 DM kosten und ist inzwischen schon weit fortgeschritten. Wir erhalten billigen Wohnraum, weil wir nur das erneuern was wirklich notwendig ist.

Doch damit kann niemand große Gewinne machen !!!
Darum soll dieses Haus geräumt werden !!!

Wenn wir geräumt werden:

-Helfen Sie uns und protestieren Sie !

-Kommen Sie auf die Straße, zeigen Sie durch Ihre Anwesenheit, daß Sie gegen diese Politik sind !

-Sehen Sie sich an, was mit uns und dem Haus geschieht !

-Fragen Sie doch mal die Polizisten, was die dazu meinen !

ZEIGEN SIE UNS, DAß WIR NICHT ALLEIN SIND !!!!

Es grüßen Sie

Die Paten der Christstr. 42

An

Neue Heimat Berlin,Postf.3980,1000 Berlin 30
Innensenator von Berlin,Ferbeliner Platz 2,1000 Berlin 31
Bausenator von Berlin,Württembergische Str.6,1000 Berlin 31
Bürgermeister von Berlin Charlottenburg,Otto-Suhr-Allee 1.B.10

Betrifft: Christstraße 42

Sehr geehrte Damen u. Herren.

Hiermit geben wir,eine Gruppe von Arbeitern der Daimler Benz AG Berlin Marienfelde darunter auch Betriebsräte und Vertrauensleute der IGM,ihnen bekannt,daß wir ab sofort die P A T E N S C H A F T für das Besetzte Haus Christstraße 42 übernommen haben.

Wir hatten Gelegenheit am 4.11.81 und 8.11.81 das Haus Christstr.42 zu besichtigen und Gespräche mit den Besetzern zu führen.Bei diesen Besuchen haben wir folgende Eindrücke gewonnen:

a) Das Haus befindetsich in relativ gutem Zustand

b) In das Haus wurde von den Besetzern schon viel Arbeit gesteckt

c) Das Konzept der Besetzer,Vorderhaus und Seitenflügel Instandzusetzen,ist durchführbar und vernünftig

Nach den uns Vorgelegten Berechnungen würden Materialkosten 100 000 DMund ca. 10 000 Arbeitsstunden,von denen ein guter Teil bereits investiert wurde,für die Instandsetzung ausreichen. Angesichts der katastrophalen Wohnungssituation in Berlin sind uns die Pläne der N.H. unverständlich .

Die N.H. will:

a) Wohnraum vernichten (Seitenflügel abreißen)

b) Eine Luxusmodernisierung des Vorderhauses durchführen

c(Dafür sollen 2 Mill. an Steuergeldern ausgegeben werden

d) Die Kostenmiete wird etwa 20 DM betragen

Das Konzept der Besetzer Christstr.42 trägt dazu bei,daß unsere Steuergelder Sinnvoll verwendet werden und Berlin wieder Lebenswert wird!

Das Konzept der Neuen Heimst dagegen stellt eine Verschwendung von Steuergeldern dar undführt dazu,daß das Wohnen in Berlin unbezahlbar wird!

Aus diesen Gründen haben wir die Patenschaft für die Christstraße 42 übernommen.

Hochachtungsvoll
Patengruppe bei Daimler Benz (Marienfelde)

Kontakt über Johannes Walther
Bruchwitzstraße 25
1000 Berlin 46
oder Rainer Brand
Kamminer Str.5
1000 Berlin 10

Presseerklärung

Kollegiaten/innen des Ber-lin-Kolleg haben am 14.!0. in einer außerordentlichen Versammlung die Patenschaft für das besetzte Haus Christstr. 42 in Berlin-Charlottenburg übernommen.
Wir unterstützen als Paten die Planung und die bereits in dieser Richtung geleistete Arbeit der Instandbesetzer/innen der Christstr. 42 und fordern das Bezirksamt Charlottenburg, den Senat von Berlin und die BNeue Heimat auf, Ihre Planung für dieses haus vorläufig zurückzustellen und langfristig zu ändern.
Wir fordern, daß dieses Haus nicht geräumt wird.
Wir unterstützen die Besetzer/innen in ihrem Anliegen, in diesem Haus leben zu wollen und akzeptieren keine Ersatzangebote.

Patenschaftsgruppe am Berlin-Kolleg

25

PSYCHOLOGISCHES INSTITUT DER
FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN
- INSTITUTSRAT -

Habelschwerdter Allee 45
1000 Berlin 33

Neue Heimat GmbH.
Schillstr.9-10

1000 BERLIN 30

Berlin,den 16.11.81

O F F E N E R B R I E F

Z.Hd. Herrn Lahnann/Herrn Kremer(Geschäftsführung)

Für eines Ihrer Häuser, die Christstr.42, läuft heute das in Ihrem Schreiben vom 2.11.1981 den Bestzern gestellte Ultimatum ab,in Ersatzhäuser umzuziehen. Für weitere Ihrer Häuser besteht eine ähnliche Situation.
Wir schließen uns hierbei der Meinung der Besetzer an,daß das Angebot von Ersatzwohnraum für einzelne Häuser die anstehenden Probleme nicht löst.
Während zum gleichen Zeitpunkt andere Wohnungsbaugesellschaften für Kreuzberger Häuser ein Moratorium bis April 1982 erklärt haben,trägt ausgerechnet die Neue Heimat als gemeinnützige und gewerkschaftseigene Gesellschaft zu einer erneuten Zuspitzung der Situation bei.
Wir sind der Ansicht,daß die mit Ultimaten und Häuserräumungen verbundene Spannung und Gewalt (siehe 22.9.81) keine geeigneten Mittel sind, konstruktive Lösungen der Berliner Wohnungsprobleme zu finden.
Der Institutsrat des Psychologischen Institutes fordert Sie hiermit auf,bestehende Ultimaten aufzuheben und sich für die Christstr.42 und alle anderen besetzten Häuser in Ihrem Eigentum dem Moratorium der anderen Wohnungsbaugesellschaften anzuschließen, die Zeit bis April 1982 zur Mitarbeit an einer umfassenderen Lösung zu nutzen und dabei endlich auch auf die von den Besetzern vorgelegten Konzepte einzugehen.

Lassen auch gerade S I E sich nicht ein weiteres Mal zum Vorreiter einer verfehlten Senatspolitik machen!

i.A.

Bösel

(Prof.Dr.Rainer Bösel)

Kollegen vom Druckhaus Tempelhof informieren:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!!

Wie schon viele andere Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen haben auch wir, eine Gruppe von mehreren Kolleginnen und Kollegen, aus verschiedenen Abteilungen vom Druckhaus Tempelhof, uns entschlossen, eine Patenschaft für ein besetztes Haus zu übernehmen, weil:

- über 1100 Häuser mit insgesamt 9720 Wohnungen (nach offiziellen Angaben, Dunkelziffer ist unbekannt)) leerstehen, nur weil sie als Spekulationsobjekte benutzt werden,
- es dagegen aber über 80 000 Wohnungssuchende in der Stadt gibt,
- erst durch die Instandbesetzungen auf die katastrophale Wohnungspolitik der öffentlichen und privaten Häuservermieter aufmerksam gemacht wurde,
- die Instandbesetzer für die Beibehaltung der Mietpreisbindung und ein menschenwürdigeres Wohnen eintreten,
- der Senat sowie die Wohnungsbaugesellschaften in der heutigen Situation gezwungen sind, Konzepte für Sanierung oder Luxusmodernisierungen sehr viel vorsichtiger anzuwenden, wovon letztendlich alle Mieter dieser Stadt "profitieren".

Wenn wir unsere Patenschaft öffentlich machen, versuchen wir einen wenigstens minimalen Schutz für ein bestimmtes besetztes Haus vor Durchsuchungen und Räumungen zu geben. Daß wir hierzu natürlich nur in begrenztem Umfang in der Lage sind, zeigten die Ereignisse vom Dienstag, den 22.9.!

Trotzdem sollen der Senat und die Polizei wissen, daß sie es nicht nur mit den dort wohnenden Instandbesetzern, sondern auch mit nicht Besetzenden, aber unter der Wohnungsmisere Leidenden Bürgern der Stadt zu tun haben.

Wir wollen darüber hinaus verhindern, daß die Instandbesetzer kriminalisiert und von der übrigen Bevölkerung Berlins isoliert werden. Denn wir als Gewerkschafter haben schon oft genug erfahren, daß nur Gemeinsamkeit stark macht. Angefangen bei dem Kampf um die 40 Stunden-Woche, über die Lohnfortzahlung ((16 Wochen Streik)) bis hin zu den Auseinandersetzungen um die Einführung neuer Techniken. Wir haben es bei den jährlichen Tarifauseinandersetzungen und haben es erst jetzt bei den Heinze- Frauen erlebt, die nun gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten.

Zu unserem Entsetzen hat sich die Neue Heimat als gewerkschaftseigenes Unternehmen um keinen Deut besser als die privaten Wohnungsbaugesellschaften verhalten. Auch sie hat Wohnungen leerstehen lassen, Luxusmodernisiert und die Mieten hochgetrieben. Für uns Gewerkschaftsmitglieder, aber auch für die Mieter der Neuen Heimat eigenen Häuser ist die Wohnungspolitik, die die Neue Heimat betreibt, völlig undurchschaubar und vor allem nicht zu kontrollieren. Wir haben keinen Einfluß auf Mietpreisbindung, Wohnungsvergabe, Wohnraumgestaltung, Instandsetzung, Modernisierung oder Sanierung.

Der Politik der Neuen Heimat halten wir den Beschluß der Delegierten des 12. Landesbezirkstages der IG Druck und Papier entgegen, der sich eindeutig für die Erhaltung von billigem Wohnraum, Beibehaltung von Mietpreisbindung, Abschluß von Mietverträgen mit den Instandbesetzern und die Einstellung der Strafanträge gegen diese ausspricht (siehe Anhang). Der Politik der Neuen Heimat halten wir aber gerade auch unsere Entscheidung entgegen, eine Patenschaft für ein besetztes Haus, welches der Neuen Heimat gehört, aktiv zu übernehmen.

Auf diese Art hoffen wir auch dazu beizutragen, eine innergewerkschaftliche Diskussion alternativer, menschengerechter Wohnungspolitik zu beginnen!!

Unser Patenhaus befindet sich in Charlottenburg, Christstraße Nr. 42! Die Neue Heimat hatte dieses Haus systematisch seit 2 1/2 Jahren entmietet, mit dem Ziel, Luxusmodernisierungen durchführen zu können. Die Kaltmiete steigt dann von jetzt 2,20 DM pro qm auf 19,- DM pro qm. Davon übernimmt der Senat nur 15 Jahre lang mehr als 3/4 der Mietkosten, was ihn ca. 2 Mio. DM kostet. Zusammen mit den von der Neuen Heimat veranschlagten 2,1 Mio. DM für die Modernisierungen also insgesamt 4 Mio. DM!!!
Die Instandbesetzer dagegen wollen den gesamten Wohnraum erhalten, um wohngemeinschaftsgerechte Etagen zu schaffen. Hierfür sind bereits pro Etage Bad und Innentoilette instaliert, Gemeinschaftsküche und -räume geschaffen worden. Bis zum Winter sollen diese Arbeiten abgeschlossen sein. Von den Instandbesetzern wird für Vorder- und Seitenhaus mit 100 000 DM Materialkosten gerechnet. Man beachte den Unterschied!
Zum Schluß möchten wir Euch noch alle zu einem gemütlichen Beisammensein bei Kaffee und Kuchen in unserem Patenhaus einladen. Dann könnt Ihr selbst einmal sehen, was das eigentlich für Menschen sind, die sich zu solch einem Schritt entschlossen haben, wie sie dort leben, wie sie instandbesetzt haben usw.
Ort: Christstraße 42
Zeit: 22.11.'81, 15.00 Uhr.

Kolleginnen und Kollegen: Nehmt Euch ein Beispiel an den Kolleginnen und Kollegen der Mercator-Druckerei und schimpft nicht nur über die zu hohen Mieten und den katastrophalen Wohnungsmarkt, sondern rafft Euch auf, und tut mal was!!!

BESCHLUSS DER IG DRUCK UND PAPIER BERLIN ZU DEN INSTANDBESETZUNGEN:

Instandbesetzung

Die Delegierten des 12. Ordentlichen Landesbezirkstages begrüßen die Besetzung und Instandsetzung leerstehenden Wohnraumes durch die Berliner Instandbesetzungsinitiativen.

Wir fordern von den zuständigen Stellen:

- Freilassung der noch inhaftierten Demonstranten
- Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen Hausbesetzer und keine Kriminalisierung
- Abschluß von Mietverträgen mit den Instandbesetzern
- Die Erhaltung von billigem Wohnraum durch den Senat
- Eindämmung und strengste Kontrolle der Spekulation mit Wohnraum
- Beibehaltung der Mietpreisbindung für die ca. 600 000 Altbauwohnungen als Dauerrecht
- Nichteinführung des "Weißen Kreises" und der Tabellenmieten
- Schaffung von Wohnungen im "sozialen Wohnungsbau" in ausreichender Zahl
- Maßnahmen gegen die zunehmende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

Begründung: Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß in Berlin ca. 50.000 Menschen eine Wohnung suchen, davon 17 000 offiziell eingestufte Dringlichkeitsfälle, auf der anderen Seite aber Tausende von Wohnungen aus Spekulationsgründen leerstehen und verkommen.

Wir meinen, daß die Rechtsverstöße der betroffenen Hauseigentümer gegen das Wohnungsbaunutzungsgesetz und die Zweckentfremdungsverordnung wesentlich schwerer wiegen als die Rechtsverstöße, die durch die Instandbesetzungen gegeben sind.

S P D Charlottenburg, Abteilung 8-West

Die Mitgliederversammlung der Abt. 8-West hat am 11. November 1981 beschlossen:

Hausbesetzungen in Berlin haben deutlich gemacht, daß in der Wohnungspolitik Änderungen erforderlich sind. Die Abt. 8-West unterstützt das Anliegen der Hausbesetzer in der Christstraße 42, die durch ihre Aktion auf die Mängel in der Bau- und Sanierungspolitik hingewiesen haben, eine Instandsetzung des Hauses in Eigeninitiative begonnen haben und damit gleichzeitig Raum für alternative Wohnformen schaffen.

Gleichzeitig wird an die zuständigen Stellen appelliert, auf die Räumung des Hauses Christstr. 42 sowie der anderen in Charlottenburg besetzten Häuser zu verzichten und mit den Besetzern Nutzungsverträge abzuschließen, sofern dadurch nicht die Schaffung von dringend benötigten öffentlichen Einrichtungen gefährdet wird. Dadurch soll eine weitere Eskalation von Gewaltanwendungen verhindert und eine Lösung der Probleme im Rahmen rechtsstaatlicher Grundsätze gefördert werden.

Die Abteilung 8-West wird dazu

- das Anliegen der Besetzer öffentlich unterstützen z. B. durch Presseerklärungen, Leserbriefe und Eingaben an zuständige Stellen
- sich weiter aus erster Hand über die Probleme informieren und die Meinungsbildung innerhalb der Partei voranbringen
- im Rahmen ihrer Möglichkeiten materielle Hilfe leisten
- sich mit den Mitgliedern solidarisch erklären, die im Falle der Räumung präsent sein werden.

Ein Blankoscheck für Besetzer soll mit diesem Beschluß nicht verbunden sein. Vielmehr soll die Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft auf beiden Seiten gefördert werden.

29

"Ich bin ja als Polizist nicht völlig unpolitisch"

Als Polizist die Patenschaft für ein besetztes Haus zu übernehmen ist je angesichts der harten Fronten in dieser Stadt eine ziemlich ungewöhnliche Idee. Wie kamst du dazu?

Ich habe ja auch als Polizist zu sehen, was hier an politischen Entscheidungen läuft und bin mit einigen nicht einverstanden. Zum Beispiel mit der Wohnungspolitik, so wie sie hier in Berlin betrieben wird. Ich habe Schwierigkeiten, einzusehen, warum so viele Häuser leer stehen müssen, warum die Luxusmodernisierungen von den kleinen Leuten mit ihren Steuern finanziert werden sollen, die sich dann die Wohnungen oft kaum mehr leisten können. Ich halte diese Politik für falsch. Außerdem haben die jungen Leute, die anders leben wollen, denen wir mit unseren, sagen wir mal, bürgerlichen Lebensformen nicht viel entgegenzusetzen haben, auch ein Recht auf einen Raum, wo sie das machen können. Wenn diese Leute Häuser besetzen und mit wesentlich niedrigeren Kosten instandsetzen als die Wohnungsbaugesellschaften, dann können wir sie als Staat doch nicht wieder rausschmeißen.

Ich bin ja auch als Polizist nicht völlig unpolitisch, und ich empfinde es als schlimm, daß sich unsere Lage immer weiter hochschaukelt. Ich befürchte, daß es bei weiteren Hausräumungen zum Ausbruch sinnloser Gewalt kommen wird. Wir müssen über die Häuser reden und da halte ich polizeiliche Aktionen für falsch. Ich denke, daß es schlimme Folgen haben kann, wenn keine Seite bereit ist, nachzugeben und deshalb will ich für Verständnis werben, damit wir auf die Instandbesetzer zugehen können. Ich möchte mithelfen, aufzuzeigen, daß die Instandbesetzer nicht die Chaoten sind, die Berlin kaputt machen wollne, sondern sie als Teil der Gemeinschaft auch in ihrem Andersein integriert werden sollten.

Ich kann mich hinter das Konzept der Leute aus der Christstraße 42 stellen, das eine echte Alternative zu den Vorstellungen der Neuen Heimat ist. Ein Konzept, das ansehenswert ist. Die Neue Heimat möchte in diesem Haus eine Modernisierung nach § 17 des 2. Wohnungsbaugesetzes durchführen und dabei weit über 2 Millionen Mark verbrauchen. Es würde eine Kostenmiete von mindestens 19 DM/qm entstehen und das bedeutet eine Kaltmiete von 1.000 für 100 qm. Das ist überhaupt nicht einzusehen, wenn man bedenkt, daß die Instandsetzungskosten nur ca. 5% dieser Summe beträgen, um das Haus wieder instandzusetzen und billigen Wohnraum zu erhalten. Die Arbeiten sind ja auch ziemlich weit fortgeschritten, so daß ich glaube, daß nach § 17 dieses Haus ohnehin nicht mehr modernisiert werden könnte. Außerdem haben die Besetzer gerade jetzt erneut Verhandlungen über dieses Haus angeboten, so daß es jetzt Sache der Neuen Heimat wäre, mit den Instandbesetzern einen Kompromiß für dieses Haus zu finden.

Wie haben denn die Besetzer reagiert, daß du als Polizist eine Patenschaft übernehmen willst? Haben sie dich für einen Spitzel gehalten?

Nee, ich bin da hingegangen und habe mit ein paar Besetzern gesprochen. Als sie hörten, daß ich Polizist bin, waren sie sehr überrascht. Nach alledem, was passiert ist, hätte ich eigentlich mit einem größeren Mißtrauen gerechnet. Aber sie haben mich offen und freundlich aufgenommen. Ich mache die Patenschaft ja auch nicht alleine, sondern zusammen mit Mitschülern von der Abendschule, auf der ich das Abitur machen will. Ich habe die Entscheidung für mich gefällt und trage jetzt die Verantwortung dafür, aber es ist mir leichter gefallen, es nicht alleine zu machen.

Ein 25jähriger Berliner Polizeibeamter will eine „Patenschaft" für ein besetztes Haus in der Stadt übernehmen. Der Polizeipräsident will gegen den Beamten ein Verbot der Amtsausübung beantragen. Dies teilte gestern ein Sprecher der Polizei mit.

Der Polizeiobermeister vom Polizeiabschnitt 31 in der City hatte am 13. Oktober Inspektor Heinrich

Polizist möchte Pate werden

Lummer geschrieben, daß er die Absicht habe, eine „Patenschaft" zu übernehmen. Daraufhin hat die Polizeiführung den Beamten auf seine Dienstpflichten hingewiesen. Der Polizeisprecher sagte dazu, daß mit einer „Patenschaft" des Polizeibeamten der Straftatbestand des Hausfriedensbruchs und der Begünstigung gegeben wären.

Am 22. Oktober teilte der Polizeibeamte in einem Schreiben mit, daß er sich der Rechtsauffassung der Polizeiführung nicht anschließen könne und er nunmehr die „Patenschaft" verwirklichen werde. Der Polizeiführung ist nach eigenen Angaben nicht bekannt, für welches besetzte Haus der Beamte eine „Patenschaft" übernommen hat.

Der Polizeiobermeister war für Anfragen nicht zu erreichen. Die Polizeipressestelle lehnte ab, den Namen des Beamten mitzuteilen. Wie ergänzend vom Polizeisprecher mitgeteilt wurde, soll der 25jährige Beamte wegen „großer Fehlzeiten" — bisher mehr als 140 Tage im Jahr 1981 — einem Amtsarzt vorgestellt werden.

lbn

Volksblatt 28.10.81

Weil ein Polizist Pate wurde

Verbot der Amtsausübung

Der Polizeibeamte, der erklärt hat, eine Patenschaft für ein besetztes Haus in der Charlottenburger Christstraße 42 übernommen zu haben, ist vorläufig vom Dienst suspendiert worden. Seine Anwälte haben gegen die Disziplinarmaßnahme und das Verbot der Ausübung ihres Berufes [illegible] Beschwerde eingelegt.

[illegible] Polizeibeamte, der erklärt hat, eine Patenschaft für ein besetztes Haus in der Charlottenburger Christstraße 42 übernommen zu haben, ist vorläufig vom Dienst suspendiert worden. Seine Anwälte haben gegen die Disziplinarmaßnahme und das Verbot der Ausübung ihres Berufes [illegible] Beschwerde eingelegt.

[illegible] Hausfriedensbruch [illegible] den Polizeibeamten, die als Anwältin [illegible] Wagner, hat gegen die Disziplinarmaßnahme Widerspruch beim Polizeipräsidenten eingelegt. Gegen die sofortige Suspendierung [illegible] Beschwerde eingelegt.

[illegible] Polizeibeamte [illegible] Patenschaft für ein besetztes Haus [illegible] Wer er aus der Beamtenrolle [illegible] habe, könne er sich nicht vorstellen, daß „dieser Beamte" den Beifall seiner Kollegen finde.

Berliner Morgenpost 28.10.81

Polizist als Pate

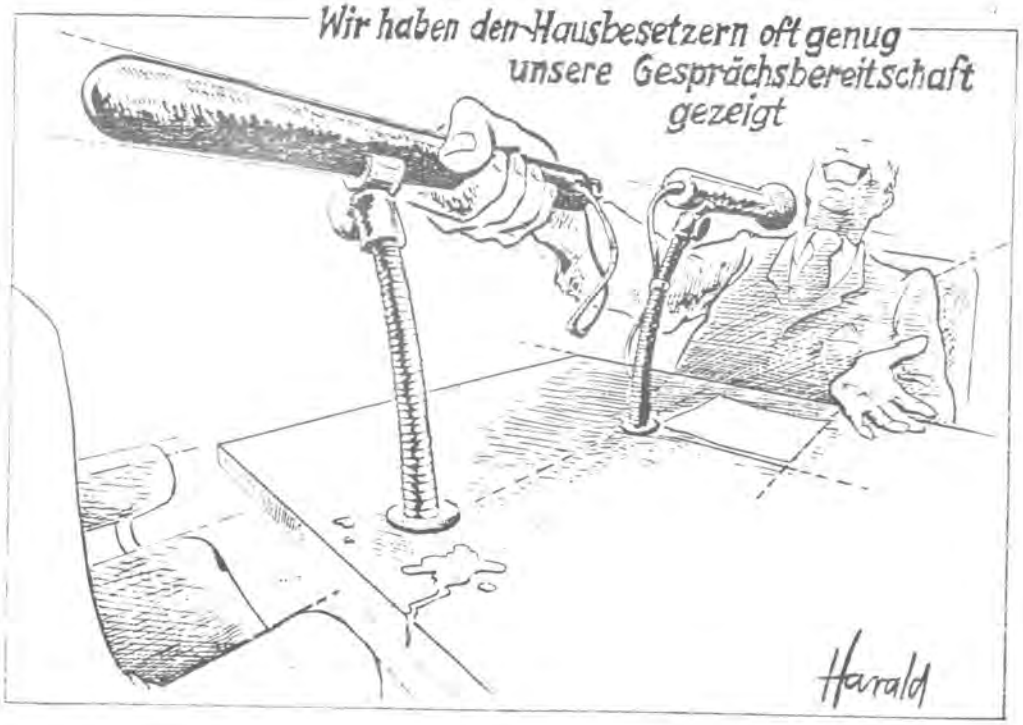
(dpa). Polizeipräsident Hübner kündigte am Dienstag rigoros ein Verbot der Amtsausübung gegen einen Polizeibeamten an, der eine Patenschaft für ein instandbesetztes Haus übernehmen will.

Angeblich sei damit der Strafbestand des „Hausfriedensbruches" und der „Begünstigung" gegeben. Obendrein soll er einem Amtsarzt wegen angeblich „großer Fehlzeiten" vorgestellt werden. Der Akademische Senat der FHSS hat die Patenschaft für die Frankenstraße 7 übernommen.

Schlußwort

Unser Entschluß ist gefaßt: Wir werden und können nicht auf das Umsetzangebot der NH eingehen, obwohl sie es uns sehr schmackhaft gemacht hat. Wir sollten mit einem 5 Jahres-Nutzungsvertrag und 5o ooo DM für Renovierungsmaßnahmen bestochen werden. Wären wir auf dieses Angebot der NH eingegangen, hätten wir dadurch ihre Wohnungspolitik bestätigt. Wenn wir verhandeln, dann nur über unser Haus in der Christstr. 42.
Wir haben auch noch nicht vergessen, was alles schon passiert ist. Viele von uns sind von Bullen brutal zusammengeknüppelt worden, viele sitzen im Knast und Klaus ist tot. Schon aus Solidarität mit diesen Betroffenen können wir auf solche Ersatzangebote nicht eingehen. Sie werden uns mit der bald anstehenden Räumung unseren Wohnraum nehmen - unsere Lebensvorstellungen, unsrere Träume und unsre Phantasie aber können sie uns nicht nehmen. Wir werden Widerstand leisten.
Es herrscht keine Ruhe im Land!

Besetzer der Christstr. 42



DIE POLIZEI, DEIN „FREUND" & PATE ?

Siehst du dich als die Ausnahme, die die Regel bestätigt, oder glaubst du, daß es andere Kollegen gibt, die ähnlich denken wie du?
Es ist bei der Polizei gar nicht einfach, sich mit anderen Meinungen einzubringen, als es die Norm gestattet, und für Kollegen, die Familie und Kinder haben, ist es sicherlich sehr schwer, eine abweichende Meinung zu äußern. An meinem Beispiel sieht man ja auch, daß die Polizeiführung kritische Meinungen nicht hinnimmt.
Es gibt also einige, die aus Angst den Mund nicht aufmachen?
Davon gehe ich aus, denn man kann nicht, wie es oft geschieht, die ganze Polizei nur als reaktionären Haufen ansehen.

Spendenpreis pro Exemplar
1,50 DM